

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Kiel, 30. August 2018

Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften (Drucksache 19/746) sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Drucksache 19/790)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu dem oben genannten Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag Stellung nehmen zu können. Diese Gelegenheit nehmen wir gerne wahr.

Die im Gesetzentwurf der Landesregierung enthaltenen Änderungen und Anpassungen können wir mittragen. Sie sorgen in einigen wenigen ausgewählten Bereichen dafür, dass der Einstieg in den öffentlichen Dienst für Personengruppen attraktiver wird, die auf dem freien Arbeitsmarkt derzeit stark umworben werden. Insofern erscheint uns die Argumentation schlüssig, dass diese Einzelmaßnahmen zu einer besseren Bewerberlage in den ausgewählten Bereichen führen. Allerdings sprechen wir uns dafür aus, die strukturellen Verbesserungen aus dem System heraus zu finanzieren. Die Mehraufwendungen, die mit den Besserstellungen verbunden sind, müssen ausgeglichen werden durch Stellenkürzungen in anderen Bereichen des Landesdienstes. Nur so können die jetzt beschlossenen Verbesserungen den Bewerbern dauerhaft und nachhaltig zugesagt werden, ohne bei einer schlechteren finanziellen Situation vom Gesetzgeber wieder einkassiert werden zu müssen.

Die darüber hinaus gehenden Vorschläge im Änderungsantrag der SPD-Fraktion lehnen wir dagegen ab. Denn sie betreffen den Personalbestand als Ganzes. Sie dienen also nicht dazu, den Einstieg in den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen oder zusätzliche Leistungsanreize zu setzen. Vielmehr würden auch diejenigen Mitarbeiter in den Genuss der Verbesserung kommen, die bislang ihre Leistungsziele nicht oder nur mittelmäßig erfüllt haben. Damit würde die bisherige Besoldungsstruktur, die im Wesentlichen die Dauer der Dienstzeit oder den Ausbildungsgang belohnt, zementiert. Eine Strukturveränderung ist mit diesen Vorschlägen nicht verbunden.

Wir halten aber eine grundlegende Änderung der Besoldungsstrukturen im öffentlichen Dienst für dringend erforderlich. Das gilt gleichermaßen für die Beamtenbesoldung wie für die Tarifbeschäftigten. Statt Ausbildungsgang und Dauer der Dienstzeit sollten künftig die konkreten Arbeitsleistungen auf dem jeweiligen Dienstposten Grundlage der Vergütung sein. Dazu müssen starre Laufbahnen mit Regelbeförderungen ersetzt werden durch eine individuelle Bewertung des Arbeitsplatzes und der jeweiligen persönlichen Arbeitsleistung.

In diesem Zusammenhang sollten dann auch besondere Qualifikationen, die auf dem freien Arbeitsmarkt stark nachgefragt werden, herausgehoben vergütet werden, damit der öffentliche Dienst für entsprechende Bewerber wieder attraktiv wird. Dieses gilt beispielsweise für (Bau-) Ingenieure und IT-Fachleute. Hier müssen sich die Vergütungsstrukturen des allgemeinen Arbeitsmarktes auch in den Angeboten des öffentlichen Dienstes widerspiegeln.

Die dringend notwendigen Änderungen in der Besoldungsstruktur müssen insgesamt kostenneutral erfolgen. Die unbestrittene Notwendigkeit, ausgewählte Qualifikationsgruppen besser zu vergüten, muss ausgeglichen werden durch Stellenkürzungen in anderen Bereichen, um dem Motto zu folgen: „Mehr Klasse statt Masse“. Nur so wird es gelingen, einen dauerhaft finanzierbaren, attraktiven öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein zu gestalten. Sollte dagegen der Personalbestand insgesamt nicht dauerhaft reduziert werden, wird der Landesgesetzgeber in der nächsten Haushaltskrise nicht umhin kommen, erneut massive Einschnitte an der Besoldung vorzunehmen. Denn dann wäre der Personalbestand zwar unverändert vorhanden, es fehlte aber an dem Geld, um ihn auch angemessen zu vergüten.

Die erwarteten Effizienzgewinne durch die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie des Landes sowie weitere Erfolge bei der Verwaltungsreform lassen es möglich erscheinen, künftig die notwendigen Aufgaben mit weniger aber besser qualifiziertem Personal zu erfüllen.

Gern sind wir bereit, unsere Position im mündlichen Vortrag weiter zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



(Dr. Aloys Altmann)
Präsident